

RUND  
UM DIE



# FRIEDRICH- EBERT-ALLEE

Lornsenstraße • Kiebitzweg • Lindenallee

Aktionstag im Stadtzentrum gegen Teilhabegesetzentwurf

## Lebenshilfe Schenefeld bangt um Wohngruppen für Behinderte

Mehr Selbstbestimmung oder Spargesetz? Diese Frage stellte sich die Lebenshilfe nach der Veröffentlichung eines Bundes-Teilhabegesetzentwurfs, das vom Bundeskabinett auf den Weg gebracht und ab 1. Januar 2017 in Kraft treten soll. Teilhabegesetz wird es genannt, weil alle gemeinsam die Leistungen bezahlen sollen: Bundesregierung, Bundesländer, Städte und Gemeinden. Mit einem Aktionstag am Donnerstag, 8. September im Stadtzentrum Schenefeld will die Lebenshilfe Schenefeld auf die aktuelle Lage aufmerksam machen und die Bürgerinnen und Bürger über befürchtete negative Folgen des Gesetzes informieren.

Sozialministerin Andrea Nahles (SPD) sieht die Reform des Behindertengesetzes positiv, weil es künftig alle Menschen mit

Behinderung Menschen bei der Wahl ihres Wohnsitzes mehr Entscheidungsfreiheit geben werde. Alle Menschen mit Behinderung sollen den gleichen Geldbetrag bekommen. Zuständig ist nicht mehr das Sozialamt. Die Bundesländer sollen entscheiden, welches Amt sich um die Leistungen kümmern soll. Behinderte selbst bestimmen, was sie brauchen und was sie wollen. Menschen mit Behinderung sollen nicht nur von einem Amt beraten werden. Auch freie Beratungsstellen soll es geben. Die Lebenshilfe des Bundes nennt den Entwurf eine Mogelpackung. Sie befürchtet vor allem, dass es zum Beispiel durch bestimmte Regelungen behinderten Menschen schwer machen wird, aus einem Heim aus-zuziehen. Wohngruppen drohe daher das Aus, sie wären unter-

finanziert. Christine Heins, Vorsitzende der Lebenshilfe Schenefeld: „Durch das Gesetzespaket drohen massive Verschlechterungen besonders für Menschen mit geistiger Behinderung.“ Die neuen Regelungen zielten nicht mehr auf die Qualität eines Angebots und die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung sondern seien ausschließlich auf Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit ausgerichtet. Blicke die Reform so, wie sie heute auf dem Tisch liegt, hätte das schwerwiegende Folgen. Zum Beispiel sollen nach dem Gesetz Menschen, die in Wohneinrichtungen leben und ihr Leben wegen ihrer Beeinträchtigung nicht selbst bestreiten können, nicht mehr die tatsächlich entstehenden Kosten für Unterkunft erhalten, sondern einen Pauschalbetrag. Dieser orientiert

sich an der Warmmiete eines Einpersonenhaushalts zuzüglich eines „behindertenbedingten Mehraufwands.“ Betroffen sind auch Menschen mit Schwerstbehinderung, die keiner Erwerbsarbeit nachgehen.

Um ihrem Protest gegen das neue Teilhabegesetz Ausdruck zu verleihen und zugleich ihre Forderungen auf den Tisch zu legen, nimmt die Lebenshilfe im Kreis Pinneberg am 8. September im Stadtzentrum Schenefeld an einem bundesweiten Aktionstag teil. Bürgerinnen und Bürger erhalten u.a. Gelegenheit, eine Petition gegen das vorliegende Bundesteilhabe- und Pflegestärkungsgesetz zu unterzeichnen. Unterstützt wird die Lebenshilfe bundesweit von Fachverbänden und Organisationen wie dem Paritätischen Dienst. Wi.